Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 40 Pfg.

Mittwoch, 7. Dezember 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen begin. Sonderspalten in den Morgen-Ausgaben: Sonntags: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport, Kraft und Stoff, Wetterkarte, Reisen und Wandern. Dienstags: Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport. Mittwochs: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport. Donnerstags: Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport. Freitags: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport. Sonnabends: Unterhaltung — Frau und Welt — Sport.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernspr. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernspr. Postscheck: Berlin Nr. 107941.

Bezugspreis monatlich ℳ 12,— , morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten (Morgen- oder Abend-)Ausgabe entgegengenommen zum Tagespreis von ℳ 4.— für die 33 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ℳ 12.— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Mittwoch, 7. Dezember 1921 — 60. Jahrg. — Nr. 564 — B 208

Tages-Spiegel.

Die Beziehungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England sind wieder aufgenommen worden.

*

Der Gesandtrüstungsvorschlag Staatssekretär Hughes' wurde von Japan genommen.

*

Die französische Regierung hat gestern die letzte englische Note über das Angoraabkommen beantwortet.

*

Der belgische Finanzminister Theunis hat den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen und das neue Kabinett zusammengestellt.

*

Der seit kurzem in Rom weilende türkische Großwesir Prinz Said Halim Pascha wurde gestern dort erschossen.

Brand von Hardings Programm.

Im Pariser Senat herrscht eine scharfe nationalistische Strömung. Aus den extremsten Kreisen dieser Richtung wurden an Briand Anfragen gerichtet, die es dem französischen Ministerpräsidenten ermöglichten, sich mit einigem geschicken, inhaltlich beinahe nichtssagenden Wendungen (vgl. den Text der Rede auf Seite 2. — D. Red.) ein erhebliches Wetterwaschen zu sichern. In der Kammer hatte sich Briand darauf beschränkt, die notwendigerweise vorläufiger Zurückhaltung mit der noch im Gange befindlichen Konferenz in Washington zu begründen. Auch im Senat trat Briand sehr vorsichtig auf. Die Ausfälle der Vertreter der äußersten Rechten lieferten ihm sogar den Vorwand, seinen Reuerungen eine spezielle persönliche Färbung zu geben, er erklärte, daß er das „demokratische" Deutschland keineswegs mit Haß verfolge. Solche Worte sind billig. Gut es doch Frankreich in Washington vielen durchgesetzt, mit dem gewaltigsten Heer der Gegenwart seinen Imperialismus in Europa stützen und weiter ausbauen zu können. Briand erkannte daher sogar den Eifer des deutschen Erfüllungsbemühungen an, sprach dann aber von den bekannten Forderungen für die Verbesserung des deutschen Finanzwesens, die Frankreich anfrieden und die auf eine Zunichtmachung des Deutschen Reiches abzielen.

Angesichts der eingeleiteten Zuhlungsaktion zwischen London und Paris wollte Briand nicht zu viel sagen. Seine äußerlich friedlich klingenden Ausführungen waren darauf abgestellt, den Vorwurf zu entkräften, Frankreich sei der Friedensstörer der Welt und dem Gedanken einer vernunftgemäßen Regelung des Entschädigungsproblems nicht zugänglich. So hob denn Briand auch hervor, daß Frankreich von den deutschen Bezahlungen nicht viel gehabt habe. In genau dem gleichen Sinne unterstreicht der „Temps" die Tatsache, daß der Wiederaufbau der bisherigen Raten sowie der Kriegsschulden, Zahlungen, die Frankreich zu leisten hat, Dabei bemüht sich Harding, die Verantwortlichkeit des Kongresses hervorzuheben. Dieses befolgt er die innenpolitische Ueberlieferung seiner Partei. Nicht wie ein Wilson oder Roosevelt will er aus eigener Machtvollkommenheit handeln, sondern er fühlt sich als der hauptsächlichste Geschäftsführer seiner politischen Anhänger. Allen denen, die auf tausderlei Hilfe von jenseits des Ozeans Bedürfen, werden Hardings Ausführungen eine Enttäuschung sein. Aber wenn ein Verzicht auf die alliierten Kriegsschulden oder ähnliche Maßnahmen nicht zu erwarten sind, mitwirken will Amerika doch an einer Befreiung aus dem Weltelend. Briand wieder bemüht sich um einen Rückhalt an Amerika, damit Frankreich die Erleichterungen mit England nicht isoliert dastehe, wie es Balfour und Curzon andeuteten.

—y.

Die Kreditfrage.

An den hiesigen zuständigen Stellen liegt eine Bestätigung des auf der Londoner Weise verbreiteten Gerüchts, daß Deutschland ein Moratorium für drei Jahre gewährt worden sei, nicht vor.

Ein Berliner Blatt meldet auch heute morgen wieder Einzelheiten über den seitens der Reichsregierung in London in der Kreditfrage erfolgten Schritt. Richtig daran ist nur, daß die Reichsregierung einen offiziellen Schritt bei der zuständigen englischen Stelle unternommen hat. Was das Blatt darüber hinaus an Einzelheiten berichtet, sind Kombinationen, die zu durchsichtigen Zwecken verbreitet werden. Auch die Behauptung, daß dieser Schritt in den letzten Tagen erfolgt sei, trifft nicht zu.

—e.

Devisen und Effekten schwach.

Die Börse war heute härter erwartet auf ausländische Marktsäufe, die erneut mit einem angeblichen Moratorium in Verbindung gebracht werden. Der Dollar fand vorübergehend auf 203, der amtliche Kurs für Kabel New York war 200,21. Auch der Wertpapiermarkt war beschwing mattet, teilweise in Nachwirkung des Zusammenbruchs der Pfälzischen Bank.

Amerikas Anteil am Wiederaufbau

Harding an den Kongreß.

Washington, 6. Dezember. (W. T. B.)

In seiner Botschaft an den Kongreß sagte Präsident Harding:

Die Republik der Vereinigten Staaten sei von keinem Kriege betroffen und erfreue sich eines Friedens, der, angesichts der Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Abrüstungskonferenz, von Dauer zu sein verspreche. Zehn Jahre währende Kriege hätten Verwirrungen angerichtet, die zu Schwierigkeiten führten, deren größte nur von denen richtig eingeschätzt werden könnten, die sie aus nächster Nähe beobachteten und an der verantwortlichen Stelle ständen. Diese Schwierigkeiten würden noch verschlimmert durch die Tatsache, daß sie nicht nur nationaler, sondern auch internationaler Natur seien, und über den ganzen Erdball verteilt seien. Schwierigkeiten auf moralischem und wirtschaftlichem Gebiet, die in gleichem Maße die Vereinigten Staaten wie die Menschheit angingen. Der Präsident beabsichtige nicht ein Programm für die

Wiederherstellung der Welt

zu geben. Das sei die Angelegenheit der am meisten interessierten Nationen, die mit frischem Mut an die Wiederherstellung gehen müßten. Aber die Vereinigten Staaten könnten beim mitgehen. Die Nationen aber müßten selbst es tun mit bewußter, völliger Uneigennützigkeit. Denn Handel und Warenaustausch seien nur möglich, wenn die Nationen aller Erdteile wieder in eine normale und stetige Lage kämen. Soweit eine Hilfe der amerikanischen Republik in Frage komme, müsse die Initiative dazu der vollziehenden Gewalt zufallen. Die Hilfe könne nur wirksam sein durch Zustimmung und Mitarbeit des Kongresses.

Der Kriegszustand, so sagte Harding, hat außerordentlich hohe Machtbefugnisse in die Hände des Präsidenten der Republik gelegt. Diese Machtbefugnisse haben mit der Proklamation des Friedenszustandes aufgehört und heute muß die Arbeit der gesetzgeberischen und der vollziehenden Gewalten miteinander in Einklang gebracht werden. Die Gegensätze innerhalb der Parteien, die während des Krieges verschwunden waren, dürfen nicht wieder entstehen und Hindernisse für die schnelle Lösung der Probleme des Friedens bilden.

Der Präsident würdigte die von dem letzten Kongreß geleistete Arbeit und kam auf das Budget zu sprechen. Ueber die beiden ländlichen Staaten gelegenen Zustände sagte er:

Die vollziehende Gewalt ist nicht imstande, die

Frage der Schulden

zu behandeln. Das bildet ein Hindernis für die schnelle Ordnung unserer Angelegenheiten mit unseren Schuldnern. Es ist Sache des Kongresses der allgemeinen Politik der vollziehenden Gewalt in dieser Hinsicht seine Zustimmung zu erteilen. Aber es gibt einigen Problemen der Beziehungen und des Schutzes der amerikanischen Interessen, die die vollziehende Gewalt nur mit Genehmigung des Kongresses in Angriff nehmen kann. Wenn eine Konsolidierung und Regelung der getundten Zinsen ermöglicht werden kann, wird das für die Amerikaner selbst von Vorteil sein und es wird die Bezahlung der Schuldner zu den Vereinigten Staaten verbessern.

Der Präsident kam dann auf das

Problem der Seeschiffahrt

zu sprechen. Er erinnerte daran, daß die vollziehende Gewalt im Interesse der Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine in der Welt sich stehenden Dienst der Beförderung aufzunehmen müsse, um in die Lage zu kommen, die Einschränkung alle Waren, die von amerikanischen Schiffen nach Amerika transportiert würden, herabzusetzen. Das sei übrigens auch der Wunsch des Kongresses.

Harding fuhr fort: Die neue Regierung hat, als sie ihr Amt übernahm, eine Untersuchung angestellt. Sie hat gefunden, daß die Kündigung dieser Handelsverträge die internationalen Handelsbeziehungen in Unordnung bringen und die bestehende Verwirrung noch steigern würde. Niemand zweifelt die Berechtigung der Vereinigten Staaten an, die Verträge zu kündigen, aber es werde den Vereinigten Staaten nicht möglich sein, eine

große Handelsmarine

zu unterhalten, ohne auf die guten Beziehungen Rücksicht zu nehmen, die zwischen den Nationen bestehen müssen. Außerdem würde die Erhöhung der Zölle, für die eine Kündigung der Verträge die Voraussetzung sei, nur für den Transport von Waren vorteilhaft sein, die bei ihrem Eintreffen in den Vereinigten Staaten mit einem Zoll belegt würden.

Aber die Bedeutung einer Nation auf dem Gebiete des Handels liege vielmehr in ihrer Aufnahme, als in ihrer Einfuhr. Die vollziehende Gewalt sei in dieser Angelegenheit durch keine ausländische Nation beeinflußt worden, denn keine Nation habe Protest erhoben. Aber sie habe sich Rechenschaft über die Schwierigkeiten abgelegt, die durch die Kündigung der Verträge verursacht werden würden. Der Präsident ersuche den Kongreß, der vollziehenden Gewalt zu gestatten, die

Kündigung der Handelsverträge einige Wochen hinauszuschieben.

bis der neue Entwurf für die Ausdehnung der amerikanischen Handelsmarine eingebracht sei.

Der Präsident kam hierauf auf den Gesetzentwurf über den Zollsatz zu sprechen. Er erklärte, dieses Gesetz sei notwendig, um der amerikanischen Industrie Stetigkeit zu verleihen, und müsse angenommen werden, wenn es so unerläßlich notwendig, mit der Aufgewecht sichere Handelsbeziehungen überzustellen, außerdem handele es sich auch darum, zu verhindern, daß zahlreiche Industrien Amerikas zugrunde gingen. Die Vereinigten Staaten könnten nicht auf ausländische Waren verzichten; das sei kein Mittel, der Welt bei der Wiederherstellung ihrer Industrie und ihres Handels zu helfen. Es sei auch kein Vorteil für die Vereinigten Staaten. Aber erkenne die Notwendigkeit nicht, auf allen Märkten, wo Waren verkauft würden, auch Einkäufe zu vollziehen. Der Handel könne nur unterhalten werden durch Austausch.

Wenn man sich auch Rechenschaft über alle Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in den Fragen der Menschlichkeit, des Handels und der Finanzen ablege, so könne doch nicht die Hilfe dem Volk selbst zu vermitteln, um anderen zu helfen. Harding erklärte: „Ich wünsche von ganzem Herzen die Wiederherstellung der von den schrecklichen Kriege so schwer betroffenen Völker. Aber ihre Wiederherstellung hängt nicht davon ab, daß die Vereinigten Staaten Politische Zustände über sich ergehen lassen. Es ist besser, Anstrengungen zu machen, um allen Amerikanern Arbeit zu geben, es ist besser, der Welt das Beispiel eines gut balancierenden Budgets, einer strengen Sparsamkeit und einer energischen erfolgreichen Arbeit zu geben, die die notwendigen Hilfsmittel darstellen, um die Wirkung des Unglücks zu beheben.

Ueber Rußland sagte Harding:

Wir erkennen die Sowjetregierung nicht an, wir halten von Prinzipien nich, aber ungeschickt der Leiben und Torheiten fommen wir alle politischen Grundsätzen besser fassen. Ich empfehle ohne Vorbehalt die Annahme außerordentlicher Hilfe für die Verwaltung der amerikanischen Hilfsorganisation, damit diese imstande ist, ein Millionen Scheffel Getreide und eine Million Scheffel Saatkorn zu liefern.

Zum Schluß leitete Rede sagte Harding über die Abrüstungskonferenz, die Wagen der ganzen Welt seien auf Washington gerichtet, und es sei wahrscheinlich, daß ein die gesamte Menschheit höchst ermutigender Erfolg herbeigeführt werden würde.

Bei der Eröffnungssitzung des Kongresses am heutigen Mittag wurde die Delegiertenliste aller an der Washingtoner Konferenz teilnehmenden Staaten zugegeben. Der Eintritt des Präsidenten Harding wurde mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Die Mitglieder des Kabinetts unter Führung von Hughes nahmen in der ersten Reihe links vom Podium Platz. Die republikanische Partei nahm etwas mehr als die Hälfte des Saales ein. Die Eröffnungsrede Hardings wurde von den Republikanern mit wiederholtem Beifall begrüßt, während die Demokraten sich schweigend verhielten.

Zustimmung Japans zum Hughesvorschlag.

Die Vorbehalte Japans.

Washington, 7. Dezember. (E. C.)

Der japanische kaiserliche Beirat teilte mit, daß er den Vorschlag des Staatssekretärs Hughes für die Verkleinerung der Kriegsflotten ohne Vorbehalte von 5:5:3 angenommen habe. Mit dieser Tatsache wird der heutigen vierten Sitzung der Konferenz ein bedeutender Erfolg gesichert, und die Arbeiten in Washington werden nunmehr einen rascheren Verlauf nehmen. Ganz Bedingungslos scheint aber Japan die amerikanischen Vorschläge nicht angenommen zu haben. Man nimmt an, daß Japan den Dreadnought „Mutsu" behalten will, wofür die Vereinigten Staaten dersselben ein aber zwei ähnliche Schiffe behalten werden. Auch Großbritannien soll ein ähnliches Zugeständnis gemacht worden sein.

Ueber die entscheidenden Verhandlungen, die bezüglich Japan zur Annahme der amerikanischen Vorschläge entschloß, erfährt man, daß bei den Besprechungen, die am Sonnabend zwischen Hughes, Balfour und Admiral Kato stattgefunden haben, England und Amerika ein Ultimatum an Japan richteten, in dem Japan erklärt wurde, daß die Konferenz geschlossen werden würde, falls sich die Regierung von Tokio verschließen wolle. Japan müßte dann die Verantwortlichkeit für diesen Bruch tragen. Wenn Japan jedoch zustimmte, sollten ihm zugestanden werden:

1. Die sofortige Aufgabe der englisch-japanischen Allianz, wofür aber

2. Vereinbarungen zwischen den Vereinigten getroffen werden sollten, durch die den genannten Mächten die Unterschutzheit ihres Gebietes im Pazifischen Ozean garantiert werden sollte,

3. Gemäß dem japanischen Vorschlage soll ein Finanzkonsortium, aus den Vertretern Japans, Englands, Amerikas und Frankreichs bestehend, eingerichtet werden, um den Wiederaufbau und die Entwicklung Chinas zu sichern. Irgendeine Verbindung zwischen dem politischen Ministerium der drei Seemächte und dem wirtschaftlichen Ministerium aller Mächte, welche in Asien aufgenommen werden könnten, ist nicht in Aussicht genommen.

Die Frage der amerikanischen Schiffsbasen im Stillen Ozean soll erst später erörtert werden. Japan wird in der heutigen Vollsitzung der Konferenz seinen Standpunkt ausführlich darlegen.

Die Frage des Bierländerabkommens.

Paris, 7. Dezember. (E. C.) Die „Chicago Tribune" meldet, daß auf die amerikanische Note vom 19. November hin, die „Chicago Tribune" ausgeübt werde, damit sie einem Allianzvertrage zwischen Amerika, England, Japan und Frankreich zustimme. Die amerikanische Regierung sei noch nicht geneigt, einem derartigen Ersuchen ihre Zustimmung zu erteilen. Später könnte man über derartige Vorschläge sprechen.

Aus London meldet die „Chicago Tribune": Der Wortlaut der vorgeschlagenen Bierverallianz zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und England ist in London noch nicht eingetroffen. Im Foreign Office wird erklärt, daß die englische Regierung diesen Plan in seinen breiten Grundlagen billige, es aber der englischen Abordnung in Washington überlassen müssen die Einzelheiten festzulegen.

Washington „nur ein Vorspiel".

London, 6. Dezember. (W. T. B.) Reuter meldet aus New York: Auf einem Festessen des Vereins der englischen Sprache erklärte Balfour in einer begeistert aufgenommenen Rede, das Zusammenwirken, das in Washington bewiesen worden sei, sei nur das Vorspiel zu anderen internationalen Aktionen, bei denen Großbritannien und die Vereinigten Staaten zusammenwirken würden. Er hoffe, daß — ob die Initiative von der östlichen oder der westlichen Seite des Atlantischen Ozeans komme — die beiden englisch sprechenden Länder immer auf derselben Seite gefunden würden. Wenn es zwei Nationen gebe, die zusammenstehen müßten, so seien das Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Amerika sei an die Frage der Abrüstung zur See in der einzig möglichen Weise herangetreten, und er glaube, der Erfolg sei jetzt in greifbarer Nähe. Andere Nationen würden sich schämen, dem Beispiel des Staatssekretärs nicht Folge zu leisten.

Irische Stimmen gegen das Abkommen.

London, 7. Dezember. (E. C.)

Das Ulsterkabinett hat gestern das Abkommen in zweistündiger Sitzung geprüft. Eine neue Sitzung wird heute abgehalten werden.

Die wichtigste Frage, die gestern abend auf die Gunsteiner bisher voneinander schied, war die Frage des Treueides. Der Wortlaut vom vorhergehenden Form angenommen:

„Ich schwöre feierlich, ernste Treue und Anhänglichkeit für die Verfassung des Freistaates Irland, wie er durch das Gesetz eingerichtet wurde, und ich schwöre, S. M. dem König Georg, seinen Erben und Nachfolger treu zu sein, wie dies die Gemeinschaftsverfassung Irlands und England gemäß der Vereinbarung und Verbrüderung dieser beiden Staaten in der Gruppe der Völker, die die British Common Wealth ausmachen, fordert."

Aber die Stellung der Sinnfeiner und Ulstersteute lassen folgende Möglichkeiten vor: In Dublin ist der Abschluß des englisch-irischen Abkommens ganz unerwartet gekommen. De Valera will zu dem Abkommen eine Erklärung abgeben, folgende dessen Wortlaut sich nicht in seinen Händen befindet. Der Präsident des irischen Parlaments, O'Cealleigh, erklärte einem Zeitungsvertreter, daß er in das Abkommen nur wenig Vertrauen setzen könne. Irland habe nicht das erreicht, was er erreichen wollte. Es forderte die irische Republik, für die es gekämpft und gelitten habe. Die Unterzeichner dieses Abkommens liefen Irland die Hoffnung auf seine Unabhängigkeit für immer verlieren. O'Cealleigh glaubt, daß die öffentliche Meinung den englischen Vorschlägen nicht günstig gesinnt sein werde. Das irische Parlament werde dagegen stimmen. O'Cealleigh glaubt an eine Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Irischen Freistaat. Irland allmählich doch werde anerkennen müssen.

Prinz Said Halim Pascha in Rom ermordet.

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 7. Dezember.

Der seit kurzem hier weilende türkische Großwesir und Mitglied des ägyptischen regierenden Hauses, Prinz Said Halim Pascha, wurde heute abend auf der Straße von einem unbekannten Täter erschossen. Mutmaßlich handelt es sich um einen politischen Mord. Prinz Halim hatte sich vorher in der Internierung auf Malta befunden. Prinz Halim wurde Großwesir vor der Ausgrenzung worden. Er hatte zuerst in Neapel und dann hier inkognito gewohnt.

Frankreichs Antwort auf Englands Angoranote.

Paris, 7. Dezember. (W. T. B.)

Die französische Regierung hat gestern die letzte englische Note über den französisch-türkischen Vertrag beantwortet. Nach dem „Matin" ist die Antwort ausgewichen und enthält keine Erklärung, die französische Regierung sei bereit, jeden englischen Vorschlag, der zur Pazifierung des Nahen Ostens führen könne, zu beraten.

Jagow vor dem Reichsgericht.

T. U. **Leipzig**, 7. Dezember.

Vor dem Berebigten 1. und 3. Strafsenat des Leipziger Reichsgerichts begann heute bei gewaltigem Andrang die Verhandlung gegen die Führer des Kapp-Putsches vom März 1920. Die Anklageschrift erhebt Anklage

1. gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott von Jagow,
2. gegen den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte Freiherrn von Wangenheim-Klein Spiegel und
3. gegen den Staatssekretär Dr. Schiefe, Naumburg.

Die Anklage lautet auf versuchten und vollendeten Hochverrat.

Den Vorsitz führte Staatspräsident von Delavrat. Die Anklage vertritt der Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer. Zeugen sind zum heutigen ersten Verhandlungstage nicht geladen.

Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß die Anklagen gegen Jagow, Wangenheim und Dr. Schiefe mit einander verbunden werden. Nachdem die Angeklagten Auskunft über ihre Persönlichkeiten gegeben haben, wird der Eröffnungsbeschluß verlesen. Nach diesem scheinen die Angeklagten verbächtig, mit Kapp und Lüttwitz im März 1920 den Versuch gemacht zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern.

Der Angeklagte von Jagow

erklärt, er habe niemals eine solche Handlung, wie sie ihm zur Last gelegt werde, versucht weder als Führer noch als Teilnehmer. Der ihn betreffende Tatbestand sei in wenigen Worten darzustellen.

Vor dem 13. März 1920 handelte es sich lediglich um eine Unterredung zwischen Kapp und ihm. Kapp selbst sei ihm bis dahin nur ganz flüchtig bekannt gewesen. Kapp habe ihm erklärt, die Reichswehr sei über die bestehenden Zustände entrüstet und habe das lebhafteste Interesse an einer Aenderung der Verhältnisse. Das müsse durch eine Personaländerung geschehen, und zwar in einer vollkommen legalen Weise. „Kapp fragte mich," so fährt von Jagow fort, „ob ich bereit sei, das Amt des Ministers des Innern zu übernehmen. Kapp erklärte ich mich bereit. Kapp sagte, ich hätte in der Presse die Ereignisse zu verfolgen. Eine Handlung wurde von mir bis dahin nicht verlangt. Am 13. März waren die Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Berlin eingerückt. Ich sah mir Kapp nach der Reichskanzlei und erfuhr, daß die Reichsregierung geflohen sei und alle Macht, wenigstens in Preußen, sich bei Lüttwitz befinde. Kapp fragte mich, ob ich bereit sei, das Ministerium zu übernehmen. Ich war bereit. Das Kommando über die Reichswehr lag nicht in meiner Hand. Mir gegenüber stehen Handlung vor, durch welche die Reichsverfassung unmittelbar geändert werden sollte."

Der Präsident gibt Herrn v. Jagow anheim, sich auch über die Einzelheiten zu äußern und Fragen zu beantworten.

von Jagow bemerkt, es sei unrichtig, daß die Mitglieder der nationalen Vereinigung gewesen sei. Ueber die Liste dieser Vereinigung habe er nur Weniges gehört. Die Vereinigung war der Ansicht, daß die Regierung nicht energisch genug sei und von den Bolschewisten überlaufen werden könnte. Für ihn habe es außer allen Zweifel gestanden, daß es sich nur um ein

Unternehmen zur Stärkung der Regierung

handle. An Gewalt sei sicherlich nur für den Fall der Notwehr gedacht worden. Den Angeklagten Schiele habe er erst am 13. März kennen gelernt.

Auf Befragen des Präsidenten gibt v. Jagow zu, Vorbereitungen für den Ersatz von Beamten getroffen zu haben, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß alles auf ordnungsmäßigem Wege vor sich gehe. Mit Kapp habe er einzelne geplante Ernennungen besprochen. Er habe daher angenommen, daß nunmehr die legale Aktion der Reichsmacht erfolgen werde. Bei Hoffnetzhle gegen Kapp und andere erlassen worden waren, habe er nicht gehört. In seiner Wohnung in Potsdam habe ihm Kapp entgegengesagt, er solle am nächsten Morgen am Brandenburger Tor sein. Das war am Freitag, den 12. März vormittag. Nachmittag sei er nach Berlin gefahren und telephonisch gebeten worden, auch Herrn von Falkenhausen zu ersuchen, am nächsten Morgen am Brandenburger Tor zu sein. Der Angeklagte bestreitet, daß er Herrn von Falkenhausen gesagt habe, es müsse auf Tod und Leben gehen. Er habe eine

legale Demonstration der Reichswehr

erwartet und sei zu dieser Erwartung durchaus berechtigt gewesen. Jagow bestreitet einen Zeitungsartikel vom 12. März, um seine Auffassung zu beweisen. Was die Mitteilung betreffe, die er anderen Personen gemacht habe, so habe er sich nur als Boten Kapps betrachtet. Am Sonnabend habe er sich allein nach den Brandenburger Tor begeben und allerdings den Eindruck gehabt, als ob es dicke Luft gäbe. Vor 6 Uhr seien die Straßen noch durchaus leer gewesen. Als er dann nach dem Schlosse und der Wilhelmstraße zu ging, kamen Truppen. Er sei dann unbehelligt nach das Brandenburger Tor gegangen. Später habe er auffallend viel Leute gesehen. Es kamen nun über Automobile mehreinander angefahren, hinter ihnen Reichswehrtruppen. Er habe angenommen, daß die Reichswehr eine legale Demonstration machen wollte. Er ging dann nach der Wohnung des Herrn von Charlottenburger Chaussee. Dort habe er Herrn Bang kennen gelernt und Herrn v. Kaltenhausen und einige Bekannte gesehen. Auch Hauptmann Ehrhardt habe gehört, daß Ehrhardt gekommen sei und nach Berlin gehen wollte. Den General v. Lüttwitz habe er früher nur ganz oberflächlich kennen gelernt. v. Jagow schildert dann den

Einzug der Truppen in Berlin

und bekennt, daß Kapp ihm mitgeteilt habe, die Zivilgewalt sei zu ihm übergegangen, die Reichsregierung sei zu ihm übergegangen und die preußische Regierung sei geflohen, die militärische Gewalt liege bei Lüttwitz.

Jagow erklärt weiter, daß er an den Mittelungen Kapps keinerlei Zweifel gehabt habe. Die Straßen seien von Menschen mit freudigen Gesichtern belebt gewesen und an den Häusern seien schwarz-weiß-rote Fahnen gewesen.

Der Präsident

hält dem Angeklagten vor, daß er nicht ohne weiteres habe annehmen können, daß die gesamte Gewalt auf Kapp und Lüttwitz übergegangen war. Es habe sich doch nur um eine Brigade gehandelt, die in einem kleinen Teile des Reichs die Gewalt an sich gerissen hat. Wenn Kapp sich vorstellte, daß die Regierung geflohen war, habe den Angeklagten darauf hinweisen müssen, daß die Regierung Widerstand leisten wolle.

v. Jagow erwidert darauf, er sei tatsächlich davon überzeugt gewesen, daß die Gewalt in den Händen von Kapp und Lüttwitz lag. Ein Widerstand von Seiten der Regierung sei nicht gemacht. Ehrhardt Berlin absolut beherrschte. Auf die Bemerkung des Präsidenten, es gäbe auch einen Widerstand durch die Arbeiter, erwiderte der Angeklagte, er sei der Meinung gewesen, daß jeder preußische Beamte die Pflicht gehabt habe, weiter zu arbeiten, und daß er geglaubt habe, daß die Beamten auch unter der neuen Regierung dieselben Pflichten erfüllen würden.

Der Präsident hebt hervor, daß ein hochverräterisches Unternehmen sich auch in einer Verletzung der Pflichten der beteiligten Beamten zeigen. Jagow stellt als seine Meinung hin, daß es seine Pflicht als preußischer Beamter sei, durch Einnahme des Amtes als Minister weiterzuarbeiten. Wenn ihm zum Bewußtsein gekommen wäre, daß Kapp und Lüttwitz nicht die öffentliche Gewalt innehatten, so würde er allerdings das neue Amt wieder in ihre Hände gelegt haben. Er habe die allgemeine Ernennung des Polizeipräsidenten Ernst gekannt

Briands Standpunkt zur Reparationsfrage.

Vertrauensvotum mit 249:12.

Die gestrige Senatsdebatte in Paris, über deren Beginn wir im Morgenblatt berichteten, schloß mit einem Vertrauensvotum für Briand mit 249 gegen 12 Stimmen. Wir geben die Fortsetzung der Debatte und eine Rede Briands wird berichtet:

Paris, 6. Dezember. (W. T. B.)

Senator Debierre verzichtet zugunsten seiner Rede: Deutschland habe die Welt angegriffen. Es sei besiegt worden, aber die Sieger seien in wirtschaftlicher Beziehung ebenso glücklich wie die Besiegten gegenüber den Besiegten. Wie weit sei es mit den Zahlungen Deutschlands? Die Reparationsgrundlagen haben einen glänzenden Zusammenbruch. Aber es seien zwei Deutschlands vorhanden, das arme, das sei das offizielle; das reiche aber, das seien die Geschäftsleute und die Industriellen, die Waren exportierten und den Reichtum des Landes wieder aufbauen. Wenn sie gerettet, die Alliierten würden auf ihre Forderungen verzichten. Der Ministerpräsident habe erklärt, daß vorerst sich niemand ergreifen, Deutschland zum alle Deutschen seien Schuldner und müßten beschützen. Der Senator hofft, daß Frankreich die militärischen Zwangsmaßnahmen aufgeben und Kontrolle über die deutschen Rüstungen beibehalten werde, und sagt zum Schluß, er hoffe, daß Frankreich die Ruhrgebiet nationale Grenze noch einen Schutzwertrag erhalten habe, daß Dreimächtigkeit seiner Lage begründe. Die deutsche Gefahr sei für seitdem gebannt. Jetzt müßte Deutschland verpflichtet werden, zu bezahlen, sonst würde es seine Einheit verlieren, wie der Finanzminister jüngst geäußert habe.

Ministerpräsident Briand erklärte:

Mehr er nach Amerika abgereist sei, habe er Aufklärungen herbeiführen. Es habe auf seinem Posten, der ernste Verantwortlichkeit mit sich bringe. Bei Betrachtung der augenblicklichen Lage in Frankreich, das heraus und heraus sei, wenn es hier in dem isolierten Deutschland, sei es leicht zu erklären. Deutschland müsse und könne bezahlen. Es sei November 21 alle Welt einig. Nur das Land verlange mit Recht anderes als Ausführungen, auch anderes als das Recht der Regierung. Es verlange, zu hören, was getan worden sei und morgen getan werden solle. Der Augenblick sei gekommen, zu erklären, ob die Regierung das Vertrauen des Landes behalte oder ob sie erledigt werden müsse.

Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde

seien ernst. Nach dem Waffenstillstand sein die Alliierten völlig einig gewesen in ihren Ansichten. Er wolle gegen die Friedensunterhändler keinen Vorwurf erheben. Aber der Vertrag mit seinen Verbindungen und seinen Ausführungsmodalitäten sei so, daß Frankreich, das Deutschland das Pfand für die Reparationen sei, die Reparationskommission habe die Schuld Deutschlands festzustellen. An diese halte sich Frankreich. Die Regierung habe aber auch einen Zahlungsplan in Händen, den die Reparationskommission aufstellt habe. Das sei ein fester Plan, auf dem sie bestehen wolle.

Seit dem Waffenstillstand hätten sich

die Meinungen unter den Alliierten

etwas geändert. Der Einverständnis sei aber immer noch vorhanden. Es stehe auf seinem Boden, was für Frankreich günstig sei. Daraus erklärten sich die Verhandlungen, und er beglückwünsche sich, daß der Inhalt aufrechterhalten worden sei. Aber die internationale Solidarität entbinde das Land nicht von der Sorge um seine Sicherheit. Das müßten die andern Länder begreifen. 1871 hätten die französischen Bürger die Schulden Frankreichs erfüllt und seien dann erst frei gewesen. Frankreich könne es jetzt nicht anders sein. Der Vertrag sichere eine allgemeine Hypothek auf Deutschland zu.

Was die Zahlungen Deutschlands und die Kaufkraft betrifft, einige so hohe die Reparationskommission eine Entscheidung getroffen, die sich auf Erwägungen stütze, die er persönlich gebilligt habe. Er wisse wohl, daß manche Zweifel verschieden, den

Die Politik der Deutschen Volkspartei.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Natlib. Corr." einen Artikel, in dem u. a. mit Bezug auf Blättermeldungen der letzten Tage über eine Opposition gegen Dr. Stresemann ausgeführt wird:

Daß gerade innerpolitische Momente auf dem Parteitag übertragen, bewies die Tatsache, daß Dr. Stresemann sich gleich zu Beginn bei allen Besprechungen und Reden im Vorbergrund stand. Und so hat das Stuttgarter Tagung doch ein sehr bemerkenswertes Ergebnis gehabt: es hat sich unzweideutig herausgestellt, daß der Gedanke der großen Koalition von sehr viel weiteren Kreisen der Deutschen Volkspartei Wurzel gefaßt hat, als selbst die warmsten Befürworter des großen Koalitionsgedankens bisher ahnen konnten. Gewiß wie Stromungen dagegen, die zum mindesten bremsend und eindämmend wirken möchte, ist unter Parteigenossen vorhanden. Aber schon in der unmittelbar vor dem Parteitag abgehaltenen Sitzung des Zentralvorstandes zeigte sich, zur Ueberraschung vieler Zeitungen, daß diese Opposition sehr schwach war. Grundsätzliche Einwendungen wurden auch von den Gegnern nicht erhoben, sie erhoben, nicht gelten gemacht, sondern nur gewisse Einschränkungen.

Jedenfalls steht nunmehr durch den Beschluß des Parteitages als der obersten Instanz der Partei selbst deren Programm vollständig fest, und man darf annehmen, daß sich infolgedessen auch etwaige Widerstände in den Fraktionen selbst beseitigen lassen werden und daß die einmütige Haltung der Partei sich erreichen, nach wie vor gewahrt werden wird. Den Mahnern von links, denen die Entwicklung nicht schnell genug geht, ist zu empfehlen, daß sie ruhig mit wollen Recht, daß es nicht die Aufgabe der deutschen Volkspartei sein kann, sich etwa den Sozialdemokraten als Bundesgenossen anzubieten. Im Gegenteil, sie kann in gelassener Ruhe die Entwicklung der Dinge abwarten und sich bereit halten für den Augenblick, der kommen wird, wenn sie der Erkenntnis sich durchgerungen hat, daß man ohne die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bruch.

Die Brotversorgung.

Im Anschluß an die von dem volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages in Sachen der angenommene Resolution, die Reichsregierung möge mit den Organisationen der Landwirtschaft zwecks Erwerbung [illegible] getreide in Verhandlungen treten, hat am Dienstag eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und des Getreidegroß- und Futtermittelhandels im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft stattgefunden. Der Ernährung legte die erheblichen Schwierigkeiten der Durchführung einer solchen Aktion, insbesondere auch die Gefahr, daß mit ihr Verbraucherpreise in bisherige Wirkung für. Zu einem abschließenden Ergebnis ist man in der Besprechung nicht gekommen.

Deutsches Reich.

Einigung in der sächsischen Textilindustrie.

S. Dresden, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlungen in der Lausitzer Textilindustrie haben nach großen Schwierigkeiten zu einer Einigung geführt. Es wurde ein neuer Tarif abgeschlossen. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden. Von dem Streik sind der Auspernung waren etwa 60 000 Arbeiter betroffen.

Indienstellung des Flaggschiffs „Braunschweig".

B. S. Wilhelmshaven, 6. Dezember. Als Flaggschiff der Aufklärungsflotte ist das Linienschiff „Braunschweig" in Dienst gestellt worden. Das Schiff verfügt zunächst nur über eine beschränkte Bemannung. Den Rest seiner Besatzung wird es erst in den nächsten Tagen an Bord nehmen. Kommandant des Schiffes ist der Kapitän zur See Claasen.

Die Industrie gegen die Inseratensteuer.

In der kürzlich abgehaltenen Mitgliederversammlung der Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Gilserfeld, die zu der neuen Gewerbesteuerverordnung Stellung nahm, wurde auch die Inseratensteuer behandelt. Sie wurde unter der Zustimmung von schätzungsweise 700 bis 800 auf das scharfste abgelehnt. Die Eisen- und Stahlwarenindustrieller erklärten, daß, wenn die Inseratensteuer, die eine Kapitalsteuer, bestätigt Bücherreviser Dr. Kinzinbach, die Industrie dann die Steuerabteilung ausgeschlossen muß.

Die Belastung der Zeitungsinserate mit einer Steuer bis zu 10 v. H. wirkt wie eine Kapitalsteuer. Das Inserat hat im Innern des Landes die lebenswichtige wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, Angebot und Nachfrage zusammenzuführen. Somit ist der Anzeigenteil einer Zeitung nicht anders als ein Markt, dessen unentbehrlich wie die Warenmärkte, Warenmessen, Warenbörsen, Handel und Gewerbe sind. Ohne einerlei ob durch die Zeitung einen Absatz für ihre Produkte, anderseits finden sie dort das, was sie für ihre Betriebe benötigen an Rohstoffen, Maschinen, Arbeitskräften usw. Daher muß die Zeitung, die ihre Aufgabe erfüllen soll, der letzten Gnade von Zeitungsverleger die Inseraten-Steuer, die eine Kapitalsteuer ist, die Existenz der Industrie gefährdet, das Inserat ein Luxus ist, als besonders große Härte empfunden werden. Die Erhebung der Inseratensteuer der Zeitungsverleger, die ja ohne Inserate

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Reichshauptstadt.

Strengere Kontrolle der Straßenhändler.

Die ihrem Gewerbe auf Bahngeländen in Bahnhöfen nachgehenden Händler, denen auch Speiseverkäufer usw. zu rechnen sind, sollen von nun an nach einer Verfügung des Landesfinanzamtes schärfer kontrolliert werden. Die Ausübung der Wirtschaft auf Bahnhöfen bedürfen Eisenbahnbedensteten herangezogen, die die Händler vor allem darauf hinzuweisen haben, daß die vorgeschriebenen Straßenwirtscheine und Gewerbesteuerkarten mitzuführen sind. Im Falle von Widerspenstigkeiten soll zur weiteren Verfolgung dann dem Landesfinanzamt Mitteilung gemacht werden. Trotz sich der Straßenhändler durch eine andere Person vertreten, so muß für diesen Vertreter eine Bescheinigung beigebracht werden, die mit Lichtbild des Vertreters versehen, bestätigt, daß das Steuerheft des vertretenen Straßenhändlers für ihn Geltung hat. Diese Bescheinigung wird von dem zuständigen Finanzamt ausgestellt.

Befreiungsanträge für die Reichsversicherung. Der Reichstag hat am 19. November einen Gesetzentwurf angenommen, dem der Reichsrat zugestimmt hat, wonach den durch die Aufhebung der Angestelltenversicherungspflicht bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 8 000 M. von 50 000 M. der Versicherungspflicht Unterworfenen die Möglichkeit einer Befreiung von der eigenen Beitragsleistung zum gesetzlichen Zweck bis zum 10. Juni 1921 eine Privatversicherung mit ausreichender Krankenhilfe beantragt ist, begn. eine bis zum 10. Juni 1921 beantragte Privatversicherung durch einen bis zum 31. Dezember 1921 zu leistenden Nachversicherungsbeitrag entsprechend erginnt wird. Der Befreiungsantrag selbst ist bis zum 31. Januar 1922 nur bei der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung auf dem dort festgelegt zur Verfügung stehenden Vordruck zu stellen. Früher an die Reichsversicherungsanstalt eingesandte Anträge sind bei der Ausgabestelle zu wiederholen. Unmittelbar an die Reichsversicherungsanstalt gerichtete Anträge müssen an die Einsender zurückgegeben werden.

Neue Markmarken.

Neue Briefmarken zu 2, 3 und 4 Mark hat die Reichsdruckerei hergestellt. Die Postanstalten sollen die zu 3 Mark in der ersten Hälfte des Dezember erhalten, die zu 2 und 4 Mark, wenn die älteren Bestände der Reichsdruckerei an Germania-Marken aufgebraucht sind. Auch die Postämter geben die neuen Werte erst aus, wenn die ihre alten Bestände ausverkauft haben. Die Markenzähler und Händler können aber schon vorher die neuen Werte von der Wertzeichenverkaufsstelle des Briefpostamts in Berlin beziehen. Diese mittleren Werte sollen zeigen in der Mitte ein weißes Posthorn. Die Wertzahl ist in allen vier Ecken, ebenfalls weiß, wiederholt. In einem Oval steht das Deutsche Reich, darunter Mark. Das erste [illegible] in Deutsches ist ein langes. Die Marken sind gezähnt gedruckt. Auf einem schmalen Streifen in Guillochemuster befindet sich der dunkleren Ueberdruck mit dem eigentlichen Markenbild. Die Marke zu 2 Mark ist dunkelblau auf rosa gedruckt, die zu 3 Mark hellrot auf grün, die zu 4 Mark auf hellgrün. Der Gummiindruck ist blau, rotorange und dunkelgrün. Auch diese Marken werden in Buchdruck auf weißem Papier mit dem Wasserzeichen der Germania-Marken in Bogen zu 100 Stück hergestellt. — Kartenbriefe zu 60 Pfennig mit dem Bilde des reitenden Postilions in rotblau werden jetzt ausgegeben.

Der Zeitfreie der Bauarbeiter dauert noch an. Der Deutsche Bauarbeiterverband verhält sich bem von dem paritätisch zusammengesetzten Begirtsschlamt gefällten Schiedsspruch gegenüber noch immer ablehnend. Direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind bis erste nicht mehr in Aussicht genommen. Die weitere Entwicklung der Lohnbewegung wird voraussichtlich von den Beschlüssen abhängen, die der Arbeitgeberverband bei Berliner Baugewerbes auf seiner am Freitag stattfindenden Generalversammlung fassen wird.

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Hochbahner. Das Betriebspersonal der Hochbahn ist gestern eine Abstimmung über den Schiedsspruch vorgenommen, nach dem den Hochbahnangestellten dieselbe Lohngruppe wie den städtischen Arbeitern gewährt werden sollte. Die Abstimmung ergab 2246 Stimmen für die Ablehnung und nur 274 Stimmen für die Annahme des Schiedsspruchs.

Ein neuer Mord.

Ein Greis erwürgt.

Mord über Mord! Noch ist die Kriminalpolizei mit den Verbrechen von Siemensstadt und vom Tegeler beschäftigt, und schon wieder wurde gestern spät abends der Mordverschlichtsdienst der Berliner Kriminalpolizei alamiert. Der 75 Jahre alte Kaufmann Gabriel Alexander aus der Wielandstraße 12, Charlottenburg, wurde einem Raubmord zum Opfer gefallen.

Der Greis ist seit turzer Zeit Witwer und bewohnte mit seinem Sohne, der in einem Berliner Geschäft angestellt ist, fünf Zimmer im vierten Stock des Vorderhauses. Zwei davon benutzte der Berliner Kriminalpolizei alamiert. Der 75 Jahre alte Kaufmann Gabriel Alexander aus der Wielandstraße 12, Charlottenburg, wurde einem Raubmord zum Opfer gefallen.

Der Greis ist seit turzer Zeit Witwer und bewohnte mit seinem Sohne, der in einem Berliner Geschäft angestellt ist, fünf Zimmer im vierten Stock des Vorderhauses. Zwei davon benutzte der Vater allein. Gestern abend bei Mordverschlichtsdienst, den er trotz seines hohen Alters im Umherziehen betrieb. Der Greis besuchte mit einer Kitte, die mit Pfefferkuchen gefüllt war, große Geschäfte, Warenhäuser usw. und kehrte gegen 8 Uhr abends, wenn sein Sohn heimzukehren pflegte, wieder zu Hause. Der Vater gewöhnlich schon zur Ruhe gegangen und hatte, um sich vor Ueberfällen zu schützen, die Flurtür von innen verschlossen. Gestern abend, als der Sohn um 10 Uhr die Tür aufschließen wollte, bemerkte er, daß diese nur eingeklinkt war. Er fand den Vater im Berliner Zimmer tot auf dem Sofa liegen. Seine Brieftasche war des Geldes beraubt. Es handelt sich um 10 000 M.

Die Ermittelungen der Kriminalpolizei wurden heute früh an Ort und Stelle sofort aufgenommen und ergaben folgendes: Der alte Gabriel Alexander, der aus Mainz stammt, war sehr wunderlich und geizig. Das veranlaßte ihn, seinen ständigen Helfer zur Besorderung seiner Pfefferkuchen- und Schokoladenherzschlechten zu halten, sondern immer noch Bedarf zugend einen billigen Mann von der Straße irgend anzunehmen. Am Sonnabend nachmittag erschien so ein Mann, den er gestern beschäftigt hatte, und der nicht weniger als vertrauenswürdig aussah, bei der Pförtnerfrau des Nachbarhauses Nr. 14 und erkundigte sich nach Alexander. Die Frau kannte ihn genau Bescheid geben, weil ihr Mann für den greisen Händler dereinst bis und wieder Botengänge gemacht hatte. Gestern nachmittag sah die Frau diesen Mann wieder vor ihrem Haus, zusammen mit einem anderen. Als der alte Alexander heimkehrte, trat der Fremde mit dem Greis in das Haus Nr. 12 hinein. Man nimmt an, daß dieser Fremde der Täter ist. Er hielt sich im jüngeren Jahren und spricht eine Mundart, die an die süddeutsche oder die bayerische anklingt. Er ist etwa 1,60 Meter groß und trug eine Art Tirolerhut und Wiesengamaschen. Für die Aufklärung des Verbrechens und die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Wo hat man verlorene Sachen ab? Verlorene und gefundene Sachen werden im allgemeinen auf den Polizeiämtern abgeliefert und aufbewahrt. Der Polizeipräsident hat neuerdings jedoch angeordnet, daß Fundsachen im Werte von über 500 M. stets dem Zentralfundamt im Polizeipräsidium am Alexanderplatz zur Aufbewahrung und zur weitvollen Fundsachen an diebessicherer Stelle.

Kasernen einst und jetzt.

„Umstellung auf die Friedenswirtschaft" hieß ein Schlagwort, dessen Verwirklichung bald nach dem Ende des Weltkrieges auf vielen Gebieten begann. Auch das Heer des Staates erforderte mannigfache Veränderungen. Die Umstellung der alten Armee kam die Frage auf, was mit den vielen Unterkunftsstätten des Heeres, was mit den großen Anzahl der ehemals aktiven Offiziere geschehen solle? Die schwierige Frage fand schnell ihre Lösung. Als man dazu schritt, die Schutzpolizei zu schaffen, konnten beide Zelle beteiligt werden: Die Offiziere wurden übernommen, und eine große Anzahl der Kasernen konnte für die Unterkunft der Beamten hergerichtet werden.

Es ist bekannt, daß die Verpflichtung der Beamten auf zwölf Jahre lautet, nach deren Ablauf ihnen Uebernahme in den Staatsdienst zugesichert ist. Trotz aller Forderungen unter diesen Umständen ist und bleibt natürlich eine gute Unterkunft, sind es doch zumeist alteglebente Soldaten, die der Polizei jetzt angehören, denen, wie einst dem Rekruten, keineswegs eine Gewöhnung an Einfachheit, die der Dienstzeit nahekommt, notwendig ist. In dieser Beziehung ist manches Bestehende zu verzeichnen, aber auch viel Nachtheiliges, das der Besserung bedarf.

Eine der schönsten Kasernen der Schupo ist die ehemalige, zwischen Zehlendorf und Teltow gelegene Kaiserin-Augusta-Kaserne „Schönow". Die wunderroll ruhige, im Winter und Sommer gleich reizvolle Umgebung bildet ausreichenden Erlaß für das Abschlußtinteln vom Getriebe Berlins. Die ehemaligen Krankenzimmer wurden zu behaglichen Räumen umgestaltet. Dampfheizung und Lichtbad sind modern. Die Fellbanger verwenden gute bürgerliche Kost her. Eigene Landwirtschaft wird betrieben, eigenes Stich geschlacht, Wohlfahrtsräume, eigenes Bad, selbst ein eigenes Kino ist vorhanden, und so wird in gleichen Zeilen den körperlichen wie dem geistigen Anspruch Genüge geleistet.

Sind hier sogar die Betten nicht übereinander, die Räume groß und weit, so haben die Räume der dritten Zehlendorfer Hundertschaft in der Alsenstraße das Gegenteil: Hier ist alles eng, gedrängt und doch — relativ — behaglich. Dürftiger ist es in der Kraftwagenstaffel Dahlem. In den schwer zu heizenden, nur durch Petroleumlampen zu erleuchtenden Holzbaracken ist es vor allem im Winter ungemehm. In den Kraftwagenschuppen fallen übrigens die neuen Ausbauten auf, die jetzt zwei Reihen Bänke mit Lehne enthalten.) Auch die Schule in der Habelsberger Straße in Wilmersdorf ist eng. Es schlafen durchschnittlich zehn Beamte auf einem Zimmer. Aber die sonstigen Annehmlichkeiten, wie Heizung und Licht und das Vorhandensein von Wohlfahrtsräumen und Bädern, sind ein Ausgleich dafür.

Waren es bisher eigens zu Unterkunftszwecken eingerichtete Räume, so gelgte jetzt eine ursprüngliche Kaserne die Wandlung der Zeit. Ein Gleich in die ehemalige Stätte der „Maiksäer", der Garde-Füsiliere, am Gendbing übergegangen von den großen Berteilen des Zusammenwohnens in einem Kompler. Hier sind neun Hundertschaften gut untergebracht. Wohl mangelt es auch hier noch an manchem: Stühle sind überhaupt nicht vorhanden, an der Schönheit der Stuben mangelt es noch sehr, aber anderseits fällt Gutes auf: Die Wohlfahrtsräume und Kantinen verbreiten angenehme Behaglichkeit, ein Kinotheater steht mit einem „Ring" in der Mitte, dient zur praktischen Erlernung des Boxsports, die Kaserne hat eigenen Friseursalon (wo das Haarschneiden 1 M. kostet, Rasieren verhältnismäßig Mark kostet), eigene Reviersuhe und, wie fast jede Abteilung, eigene Bibliothek und Landwirtschaft.

In unerfreulichem Gegensatz dazu steht die ehemalige Garde-Pionierkaserne in der Cäpenicker Straße, die fünf Hundertschaften beherbergt. Zu der Dunkelheit und Enge kommt die schauerliche Ungeziefernlage, gegen die die sonstige Radikalkur der Verpaßung nichts hilft, Ratten und Mäuse bevölkern in Massen die Räume. Neuerdings werden in den oberen Stockwerken die größeren Zimmer zu Schlafsälen gemacht für bereits vorhandene Angehörige der Beamtenschaft umbaut; indes kommt man von den Einbrüchen nicht dazu, daß jeder Aufbau an diesen alten Bau zu schade ist.

Zum Schluß gelangte die Wilhelm Adlershof zur Besichtigung. Sie hat den Nachteil Dahlems, zu dem aber noch die vollständig freie Lage kommt. „Im Sommer glühend heiß, im Winter eisig kalt" verscherzte mir der Führer. Im gesundem Optimismus haben sich aber die Angehörigen ihre Wohnungen so schön ausgestattet, wie es eben ging. Ehemalige Flugzeugbauer bilden die „Gardinen", Bilder und Sprüche schmücken die Wände, und vor allem die Verbreiterin, die dort wohnen, haben alles aufgewandt, um sich ein freundliches und den Verhältnissen entsprechend behaglichen Zimmer zu schaffen.

Je besser die Räume sind, desto dienstfreiger wird der Beamte. Kleinlichkeit der maßgebenden Behörden in diesem Punkte wäre ein Schnitt ins eigene Fleisch. Was an Kosten mehr aufgewendet wird, das bringt letzten Endes der idealle Gewinn wieder ein. H. U.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Mittwoch, den 7. Dezember 1921.

Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England.

Wie wir schon vor einiger Zeit berichteten, hatten Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Reichsbank Exzellenz Havenstein und den Regenten der Bank von England in London stattgefunden. Wir können heute mitteilen, das diese nunmehr zu einem Ergebnis geführt haben. Die vor dem Kriege bestehende Verbindung zwischen den beiden grossen Zentralnotenbanken sind wieder hergestellt worden, natürlich noch nicht in dem Umfange, wie dies früher der Fall war, aber doch in einem solchen Masse, wie man dies unter den jetzigen Verhältnissen nur erhoffen konnte. Weiteren Verhandlungen wird es vorbehalten bleiben, die Verbindung immer weiter auszubauen und vor allem für die Zukunft nutzbar zu machen, aus denen sich die Möglichkeit des früheren direkten Verhältnisses ergibt. Inzwischen hat man auch mit anderen Zentralnotenbanken die grossen Beziehungen wieder aufgenommen; es steht zu hoffen, dass auch hierüber bald ein Resultat wird gemeldet werden können. Wir dürfen in alledem wohl ein erfreuliches Zeichen dafür erblicken, dass man sich auch in den Kreisen der grossen europäischen Staatsbanken mehr und mehr der Einsicht nicht verschliesst, dass die gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Europa sowohl wie in Amerika wieder auf eine gesunde Basis gestellt werden müssen, und dass eine gegenseitige Annäherung hierfür die Wege zu bereiten in hohem Grade geeignet ist.

Deutsche Volkswirtschaft.

Der oberschlesische Steinkohlenbergbau im November. Die durchschnittliche Tagesförderung ist im November auf 139 620 t gestiegen. Sie betrug im Oktober 109 992 t. Im ganzen belief sich, wie das Fachblatt „Industrie-Kurier" berichtet, an 24 Fördertagen die Steinkohlenproduktion auf 3 294 889 t, gegenüber einer Produktion an 26 Fördertagen im Oktober von 2 857 445 t. Der Hauptabnehmerwerbe betrug 1 842 997 t (Oktober 1 615 992 t). Davon gingen nach dem Auslande 609 263 t (Oktober 486 849 t). In einzelnen erhielten: Polen 241 705 t (Oktober 86 917 t), Deutschösterreich 190 374 t (Oktober 209 729 t), Tschechoslowakei 53 293 t (Oktober 50 510 t), Italien 96 880 t (Oktober 101 462 t), Ungarn 5627 t (Oktober 12 593 t), Danzig 18 554 t (Oktober 22 383 t), Memel 3450 t (Oktober 3255 t). Die Wagengestellung war nach sehr unregelmässig. Von 259 207 angeforderten Wagen konnten nur 201 190 Wagen gestellt werden, so dass sich ein Fehlbetrag von 23,4 % (Oktober 17 %) ergab. Die Haldenbestände betrugen am letzten Ermittlungstermin (25. November) 502 780 t (5. November 464 051 t).

Die Lieferung von Hammer-, Hacken- usw. Stielen für Eisenbahnwerkstätten, Betriebs- und Oberbauarbeiten ist von der Eisenbahndirektion Berlin ausgeschrieben worden. Angebotstermin: 15. Dezember 1921. Angebotsbogen können gegen gebührenfreie Einsendung von 6 M. in bar vom Präsidialbureau der Eisenbahndirektion, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 14, Zimmer 258, bezogen oder durch eine im Verkehrsbureau der Handelskammer zu Berlin C. 2, Klosterstr. 41, eingesehen werden.

Beitritt der Stadt Berlin zum Deutschen Zentral-Giroverband. Nachdem die Stadt Berlin ihre Sparkasse eine Giroanstalt angeschlossen hat, will sie sich auch der Spitzenorganisation der deutschen Giroverbände, dem Deutschen Zentral-Giroverband in Berlin anschliessen. Dieser hat auf Grund von Verhandlungen mit der Stadt Berlin eine Satzungsänderung vorgenommen, um die Aufnahme der Stadt als eines dem kommunalen Giroverbänden gleichstehenden Verbandes zu ermöglichen. — Zum Giroverband über die gegenseitige geschäftliche Abgrenzung zwischen den Berliner Plätzen getroffen worden. Durch diesen Abkommen haben auch die zwischen den Beteiligten sonst schwebenden Streitpunkte eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden.

Der Aussenhandelsverband veranstaltet am 7. Dezember d. J. eine Mitgliederversammlung, in welcher nach Erledigung einiger organisatorischer Fragen Herr Universitätsprofessor Dr. Eulenburg, Kiel, über „Die Schutzzollwelle und das Valutadumping" sprechen wird.

Der Handel und die Wucherbekämpfung. Der wieder aufgenommene Kampf gegen den Wucher stösst auf grosse Schwierigkeiten, deren Kern in der fast völligen Unmöglichkeit liegt, den Begriff des Wuchers den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend einwandfrei zu umschreiben. Mit einem von Polizeiorganen vorgenommenen Vergleich zwischen Ein- und Verkaufspreisen, aus dem dann gegebenenfalls ein Wucherfall festgestellt werden soll, ist es nicht mehr getan. Denn der Handel hat die Aufgabe, dem Konsum dauernd Güter zuzuführen, und hat deshalb auf den Fortbestand seines Betriebes sein besonderes Augenmerk zu richten. Deshalb ist es wirtschaftlich gerechtfertigt, dass der Verkaufspreis sich heute nach dem dauernd vorzunehmenden Wiederschaffungspreis richtet, eine Feststellung, welche sich in normalen Zeiten, in denen dem Verkaufspreis ein im grossen und ganzen stabiler Wiederbeschaffungspreis zugrunde liegt, erübrigt. Worauf es bei der Wucherbekämpfung heute ankommt, ist zu verhüten, dass Handel und Industrie die dauernden Veränderungen des Einkaufspreises nicht dazu benützt, den persönlichen Gewinn mehr zu erhöhen, als es den steigenden Lebenshaltungskosten angemessen ist. Mit Recht wehrt sich deshalb gerade der beim Teil des deutschen Handels gegen eine mechanische Art der Wucherfeststellung. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ist gemeinsam mit der Vertretung der preussischen Handelskammern beim Minister des Innern vorstellig geworden. In einer Konferenz, der ausser den Vertretern des Ministeriums auch Abgeordnete der Koalitionsparteien beiwohnten, wurde unser Vorbringung zahlreichen Materials der mangelnden Stelle vor Augen geführt, dass die Art und Weise, wie die Preisprüfungen und Beschlagnahmen in den einzelnen Geschäften vorgenommen würden, jeder Rechtsauffassung Hohn sprächen. Es wurde gefordert, vor allen Dingen die Preisprüfungen unter Hinzuziehung von Sachverständigen vorzunehmen und ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft erst nach Anhören von Fachleuten zu ermöglichen.

Preisrückhlung für Siegerländer Eisenstahl. Die Verkaufsgrundpreise sind für Dezember auf 484 M. für Rohspat, 750 M. für Rostspat die Tonne herabgesetzt. Das bedeutet eine Erhöhung um 192,90 M. für Rohspat und um 298,50 M. für Rostspat.

Preisermässigung für Kupferbleche. Der Kupferblechverband in Cassel ermässigte seine Grundpreis um 1500 M. auf 7850 M. für den Doppelzentner.

Zollaufgeld in Italien. In der ersten Dezemberhälfte 1921 beträgt das italienische Zollaufgeld 369 Lira, d. h. es sind für je 100 Goldlire 469 Papierlire zu entrichten gegen 472 in den vorhergegangenen 14 Tagen.

Eine neue englische Petroleumgesellschaft. In London wurde eine Petroleumgesellschaft mit einem Kapital von 5 Mill. Dollar zur Ausbeutung der Petroleumfelder in Bolivia gegründet. Das neue Unternehmen soll die Unterstützung der Standard Oil Company genossen. Die Pläne für die Ausbeutung sind bereits ausgearbeitet.

Marktbericht über ostindische Baumwolle. Hamburg, 2. Dezember. Die sehr bedeutende Besserung unserer Valuta hat im Laufe der letzten Tage sehr deutlich gewirkt in allen ostindischen Qualitäten ausgeübt, und nicht nur disponible Ware, sondern auch spätere Lieferungstermine waren lebhaft gefragt. Preise in Indien haben sich dagegen nicht wesentlich verändert, vielmehr machte sich im Laufe der letzten Tage, nachdem Preise vorher stark zurückgegangen waren, wieder eine festere Tendenz bemerkbar. — Superfine, g. Gelbe: Preise hierfür bewegten sich zwischen 6¾ d. und 7¾ d. per lb. cif. — Disponible Baumwolle: Die Vorräte sind infolge des lebhaften Geschäfts erheblich zurückgegangen. Die Nachfrage nach greifbarer und bald fälliger Ware hält an. — China-Baumwolle ist in den letzten Tagen wieder gefragt, und es hat bei geringem Angebot einiges Geschäft hierin stattgefunden. Auch Verschiffungsware fand lebhaftes Interesse. — Exotische Qualitäten hatten im Laufe der letzten Woche gegenüber den amerikanischen Flocken infolge des wesentlichen Preisrückgangs letzterer Qualitäten einen schweren Stand, und es hat so gut wie kein Geschäft hierin stattgefunden. Ueber die Marktlage in Indien hören wir aus Bombay, dass die Aussichte neuer Ernte nunmehr reichlicher hereinkommen, und in den Upcountry-Distrikten sind die Gin-Maschinen und Pressen in vollem Gange. Die Qualität der Domrahs ist im allgemeinen befriedigend, während Bengal und Sciude in einigen Teilen nicht ganz befriedigend ausfallen.

Vom Malländer Rohseidenmarkt. Mailand, 3. Dezember. (Eigenbericht.) In den beiden letzten Wochen hatte der hiesige Rohseidenmarkt eine beträchtliche Aufwärtsbewegung der Preise für alle Artikel zu verzeichnen. Die geringe Produktion, die durch den Kraftmangel an Wasser und Elektrizität hervorgerufen ist, hat eine grössere Nachfrage von seiten des Konsums gebracht, der gewungen ist, den erhöhten Anforderungen der wenigen Verkäufer zu folgen, um nicht seine Arbeit wegen Rohstoffmangel einstellen zu müssen. Extra Organzin 19/21 notierte am 19. November Lit. 450, heute Lit. 500/510, Extra Grégen 9/11 Lit. 410 (440) und Extra Grégen 13/15 Lit. 390 (415). In Kokons handelt man jetzt die guten Qualitäten auf der Basis von Lit. 96/98 à rendement 4/1, gegen Lit. 83 Mitte November. Der Hauptbedarf bleibt den feinen Organzinen und gangbaren Trames eingereiht, die in erster Linie der Herstellung von Unterwäsche dienen. Ausserdem ist auch eine grosse Spekulation im Spiele, da heute viele Spekulanten von der Börse auf diesen Markt übergeschwenkt sind. Ab Yokohama bleiben die neuesten Berichte weiter ermutigend; die Preise steigen ohne Unterbrechung, so dass der leitende Artikel, die Grége, 13/15 in Titre 13/15 240 fr. Frs. notiert. Ebenso sind die Seidenmärkte von Kanton und Shanghai in aufsteigender Tendenz; der nordamerikanische Markt bleibt weiter der beste Käufer der asiatischen Provenienzen. Die Abtallseiden zeigen eine feste Haltung, doch bleiben die Preise des Rohmaterials ziemlich unverändert, während die Floretspinnereien ihre Produkte im Preise erhöhen.

Von Holzmarkt. Berlin, 2. Dez. (Eigenbericht.) Die Holzpreise steigen weiter, aber es besteht vielfach in den Kreisen der Holzwirtschaft keine feste Zuversicht bezüglich der weiteren Gestaltung der Verhältnisse. Der Holzmarkt hängt stark von der wirtschaftlichen Gesamtlage ab, und es passen sich insbesondere die Preise, die für das fertige Schnittholz erzielbar sind, der jeweiligen Marktwährung an. Es ist heute schwer, Käufer grösserer Mengen gedäger Hölzer zu den einmal gerufen phantastischen Preisen, die hierfür gefordert werden, zu finden. An der Spitze der überaus hohen Preisforderungen marschieren die ostpreussischen Sägewerksbesitzer, die zurzeit für trockene und gute Stammbretter 2200 bis 2400 M. ab Verladestation fordern. Für Füllungsseiten hörte man sogar Preise von 2500 bis 2600 M. nennen. Selbst für polnische Kiefer werden Preise von 1800—1900 M. je cbm verzollt Schneidemühl genannt, trotzdem eine Verladung zurzeit wegen der noch immer bestehenden Sperre unmöglich ist. Es bless erst, dass diese Sperre am 25. November aufgehoben werden sollte. Indessen hat die polnische Bahnverwaltung eine Verlängerung verfügt, und es ist nicht recht ersichtlich, ob hier politische Gründe, etwa auf die Verhandlungen in der oberschlesischen Frage einzuwirken, eine Rolle spielen. In jedem Falle leidet der deutsche Holzhandel sehr unter der Verkehrssteckung. In Bayern werden die Vorräte in bestimmter Ware immer knapper, und es gibt kaum noch nennenswerte Posten in erster Hand. Gewaltige Preissteigerungen ergaben die letzten Holzversteigerungen Süddeutschlands. Dort brachten starke Fichten bis 1300 M. je Festmeter ab Wald. Dagegen klettert der Eichenpreis langsamer in die Höhe, weil die Industriebeschäftigung zurzeit nur verhältnismässig geringe Anforderungen an die Lieferung von sicherem Schnittholzmaterial stellt. Neuerdings wurden aus Westdeutschland Erlenbohlen für Modellhölzer gesucht, man hörte hier Preise von 1800—2000 M. ab Verladestation nennen. Für Eichendielen wurden 4—5000 M., alles im Verkehr von den Sägewerken zum Handel, gezahlt.

Geschäftliche Mitteilung.

Zu den allseitig gerühmten Vorzügen des „Stout. Dachingen" gehört auch der, daß es selbst jahrelang gern getrunken wird und frei von jeden unbequemen Nebenerscheinungen ist. Besonders in bemjenigen Familien, die den Alkohol meiden, ist das Dachinger Wasser als bevorzugtes Tafelgetränk und wird auch von jungen Leuten zu den Mahlzeiten gern getrunken.

Statt Karte

Uns wurde heute ein gesunder Junge geboren

Major a. D. Otto Mossdorf und Frau Else geb. Krause

Berlin-Wilmersdorf, den 7. Dezember 1921
Prinz Regentenstr. 53

Gesetzl. gesch.

Korbmöbel

in allen Preislagen, neueste Modelle
Korbwaren aller Art
:: Möbelklopfer ::
ständig am Lager.
— Nur Engros-Export! —
Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer oder Exporteure.
Johann Lorenz, Berlin-Schöneberg, Marschnerstr. 3.
Zur Messe in Leipzig: Grosse Messehalle, Gohlisser Str., Reih 12b.

Richard Graef,
Büromöbel-Fabrik.
Lieferant vieler staatlicher u. städtischer Behörden
Verzeichnisse, Preislisten, Kostenanschläge
Ausstellungsräume u. Büro: Berlin, Neue Promenade 6 (am Stadtbahnbogen Börse)
Fabrik: N. 39, Gerichtstr. 72.
Lieferant vieler staatlicher u. städtischer Behörden
Verzeichnisse, Preislisten, Kostenanschläge
Fernspr. Norden 10042 u. 9603. Verlangen Sie Katalog od. Vertret.

KAYSER
BESTE DEUTSCHE MARKE
KAYSER & AUGUSTA, BERLIN

Kostenlose, reelle Abschätzung!
ACHTUNG!
Bevor Sie Ihre
Brillanten, Platine, Gold-, Silber-Gegenstände verkaufen, sehen Sie die bezeitigen Tageskurse in unserer Schaufenster.
Rosenberg & Bachmeyer,
Jägerstraße 61 (Ecke Unter den Linden)
Tel. Zentr. 9449

A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
Gegründet 1848 Köln Gegründet 1848
Aktienkapital und Reserven
Mark 130 000 000.—
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Kerzen
nur von vorzüglichster Beschaffenheit und in jedem Gebrauche entsprechenden Größen stellen die A. Riebeckschen Montanwerke Aktiengesellschaft in Halle (Saale) her. Verlangen Sie daher bei Einkauf von Lichten
nur Riebecksches Fabrikat
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogen-, Seifen- u. ähnl. Geschäften

Vorzugsangebot.
Der neue Brockhaus
Handbuch des Wissens in 4 Bänden mit 7500 Abbildungen, Karten, 160 einfarbigen u. 80 bunten Beigaben.
Vorzugspreis für Band I Halbleinen . . 154 M. 30 Mark monatlich.
Auch die Bände 2 bis 4 werden je einem um 10% erhöhten Subskriptionspreis geliefert.
Spezialprospekt umsonst.
Buchhandlung Georg Arnold, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226/7.

Pianos Ph. Link, Berlin N. 4
Klaviermacher
Bergstrasse 35 (Invalidenstr. 90)

Schierke
Bedeutendster Winterkurort und Sportplatz Mitteldeutschlands.
Prospekte durch die Kurverwaltung, Telephon 50
Hotels: Fürstenhof u. Kurhaus, Waldhieden, Barenberger Hof, Hoppe, König, Burghotel, Goethehaus
Pensionen: Haus Wedel, Kurpension, Oberschäcke, Haus Assmann, Haus Waldesruh, Sanatorium

Asch, Kistenfeile
nach Maß jede Größe lieferbar. Zeugnisse bei jeder Anfrage.
Fch. Albert Scheldemann Wunden Ve

CODES
Wir halten stets auf Lager:
ABC-Code, 5th Edition
ABC-Code, 5th Edition improved
ABC-Code, 6th Edition
Liebers Code, Five Letter Edition
Western Union Code, Five Letter Edition
Bentleys Complete Phrase Code
Gallands Ingenieur Code
Tecklenburgs Code-Wörterbuch „Imperial" (1600 Mill. Wörter)
Tecklenburgs Code-Wörterbuch „Kosmos" (5507 Mill. Wörter)
Vollers 12-Zahlen-System
Ausarbeitung von Privatcodes.
L. Friederichsen & Co.
Hamburg 1, Bergstrasse 22
Fernsprecher: Merkur 4719

Windhorst-Möbel
gut und billig
direkt an Private
162 Brunnenstrasse 162
Gelegenheitskäufe:
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Nußbaum-, Wohnstuben, Küchen.

SCHULPIG
DINSE & ECKERT
GRAPH. KUNSTANSTALT
INH. DINSE BERLIN SO.16
LIEFERN PLAKATE U. ANDERE WERBEDRUCKE FÜR DIE INDUSTRIE

Suchen Sie erstklassige Qualitätsweine dann verlangen Sie
Wilhelm 6607
Willy H. Hofmann
Weingross-Agentur
CHARLOTTENBURG 5
Wall-Strasse 40
Telegramm-Adresse: Frankenweine Berlin.
Geöffnet: Vormittags 10—12 Uhr, Nachmittags 4—7 Uhr. Sonntags 11—12 Uhr.
Ist. Ed. St. Edel. Edel. Ed. Kreuzpfeiner von Schwaben Schwabenhöfer Edelsteiner Edelsteiner Edelsteiner

Ueber 5 Milliarden neue schwebende Schulden!

Reichsfinanzen (Dekadenausweis). Das Reich verzeichnete in der dritten November-dekade an Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren 7 031 616 000 M.; die Ausgaben beliefen sich auf 6 261 432 000 M. Darüber hinaus benötigten die Betriebsverwaltungen an Vorschüssen 770 567 000 M., davon die Reichspost 316 333 000 M. und die Reichseisenbahnen 454 234 000 M. Seit Beginn des neuen Finanzjahres entwickeln sich die Einnahmen und Ausgaben des Reiches wie folgt:

	1. April 1921 bis 30. Nov. 1921	3. November-Dekade
	in Millionen Mark	
Steuern, Zölle usw. .	43 955	1 675
Schwebende Schuld	60 921	5 355
Fundierte Schuld		
Gesamteinnahme . .	104 176	7 030
Allg. Verwaltungsausgaben	80 971	5 490
Schwebende Schuld .	—	—
Fundierte Schuld . .	—	—
Schuldeninsen . . .	13 692	765
Zuschüsse	10 914	771
Gesamtausgabe . . .	104 177	7 026

Die schwebende Schuld an diskontierten Schatzanweisungen betrug am 30. November 121 152 280 000 M. In der Berichtsdekade vermehrte sich die schwebende Schuld um 5 324 140 000 M., so dass die schwebende Schuld am 30. November 226 476 420 000 Mark betrug.

Industrieller Kapitalbedarf..

Der industrielle Kapitalbedarf im November weist Rekordzahlen auf, die in erster Linie durch die gewaltigen, von den Banken vorgenommenen Kapitalerhöhungen verursacht worden sind. Es wurden insgesamt 4876,98 Millionen Mark beansprucht, so dass gegenüber dem Vormonat wieder eine Verdreifachung eingetreten ist. Nach den Aufzeichnungen des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co. sind im November 4100,74 Millionen Mark Stammaktien beantragt worden. Insgesamt wurden 700,07 Millionen Mark Vorzugsaktien geschaffen, von denen 105,32 Millionen Mark mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet sind. Der Kapitalbedarf seit Anfang des Jahres zeigt folgendes Bild:

in Mil. ℳ	Stammaktien	Vorz.-Akt.	Industrie-Obl.	Insgesamt
Januar	998	247	396	1 551
Februar	1 329	428	656	2 393
März	587	109	145	841
April	1 968	152	604	2 824
Mai	868	225	86	1 179
Juni	903	56	484	1 443
Juli	600,13	24,86	470,20	1 095,19
August	300,83	40,70	1	348,53
September	482,29	36,52	1,20	520,11
Oktober	1 478,71	170,30	15	1 662,01
November	4 100,74	700,07	76,19	4 876,98
	13 601,80	2 199,45	3 002,59	18 803,77

Somit sind in den Monaten Januar bis November die laufenden Jahres nicht weniger als 18 803,77 Millionen Mark Aktien und Obligationen geschaffen worden. Die Zahl der Stammaktien ist auf 13 601,80 Millionen Mark gestiegen. Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht wurden insgesamt mit 351,19 Millionen Mark ausgegeben. Die Summe der Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht betrug 1848,26 Millionen Mark. Verhältnismässig gering ist auch im November wieder die Summe der neu emittierten Obligationen. Grössere Beträge wurden lediglich von der Donnersmarckhütte in Höhe von 26,62 Millionen Mark und von den Hamburger Elektrizitätswerken mit 40 Millionen Mark ausgegeben.

Erwerbsgesellschaften.

Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein A. G., Osnabrück. Das abgelaufene Geschäftjahr schliesst mit einem Betriebsüberschuss von 23 055 445 M. (i. V. 14 415 999 Mark). Die allgemeinen Kosten betrugen 7 111 639 M. (4 587 969 M.). Für Instandhaltung der Werke waren 615 981 M. (488 534 M.) aufzuwenden; die Abschreibungen sind auf 5 910 148 M. (5 843 802 M.) bemessen. Der Rücklage für Bergschäden wurden 2 Mill. Mark (1 Mill. Mark) vorgewiesen und ebenso wurde ein Kursverlust auf Wertpapiere in Höhe von 226 882 M. in Rechnung gestellt. Es verbleibt einschl. Vortrag ein Ueberschuss von 7 374 378 M. (2 293 870 M.), aus dem eine Dividende von 14 % (8 %) verteilt und Vortrag von 1 574 000 M. zur Auffüllung der gesetzlichen Rücklage und 1,5 Mill. Mark (0,5 Mill. Mark) Ausgaben für Wohlfahrtszwecke 268 155 M. (231 648 M.) vorgetragen werden sollen. In der Bilanz erscheinen Forderungen mit 83 865 859 Mark (66 825 503 M.), Schulden mit 91 428 454 M. (90 413 816 M.), Kassa, Wechsel und Bankguthaben mit 3 278 311 M. (4 150 036 M.), Wertpapiere mit 1 688 717 M. (2 623 897 M.). Ausserdem findet sich ein neues Konto Rücklagen für Werkerhaltung in Höhe von 6 Mill. Mark. Nach dem Rechenschaftsbericht war die Beschäftigung in den verschiedenen Zweigen nicht einheitlich, während z. B. für Roheisen, Stabeisen, Kleineisenzeug zeitweilig Absatzmangel herrschte, konnte die Erzeugung an Schienen und Schwellen für Hauptbahnen nicht unwesentlich gesteigert werden.

Annaburger Steingutfabrik A. G. in Annaburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 30 % zustzlich einer Sonderverguütung von 500 M. fest. Nach den Mitteilungen des Vorstandes muss das Werk in Kolmar (Posen), durch die Vertrimmung gewungen, verkauft werden. Es wird beabsichtigt, die technischen Verbesserungen der Annaburger Anlagen in grösserem Umfange zu verbessern, um der Gesellschaft eine erhebliche Produktionssteigerung zu ermöglichen. Der bisherige Verlauf des neuen Geschäftsjahres ist zufriedenstellend. Herr Karl Hagen, in Fa. Wiener, Levy & Co., wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs Auffermann A. G. in Barmen-Rittershausen. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf die Vorzugsaktien auf 6 % und die Stammaktien auf 4 % fest. Es wurde mitgeteilt, dass die Gesellschaft zur Rotstamschen Industrie in nähere Beziehungen getreten ist.

Aktienbrauerei zum Löwen — Bürgerliches Brauhaus (Münchner Bürgerbräu) A. G. in München. Die Verwaltungen beantragen Fusion derart, dass das Gesamtvermögen des Münchner Bürgerbräus unter Ausschluss der Liquidation mit Wirkung ab 1. September 1920 auf die Löwenbrauerei übergeht. Die gesamten 8 Mill. Mark Bürgerbräu-Stammaktien sollen in der Weise umgetauscht werden, dass gegen je 1000 Bürgerbräu-Aktien je eine Löwenbräu-Aktie zu 1500 M. ausgegeben wird. Aus den zu schaffenden Vorzugsaktien der Löwenbrauerei sollen die 120 000 Mark Vorzugsaktien des Bürgerlichen Brauhauses tauschweise erstattet werden.

Bürgerliches Brauhaus A. G. vorm. Frisch Insterburg. Die Generalversammlung der dem Reichskohlenkonsum beteiligten Gesellschaft beschloss die Verteilung einer Dividende von 10 % aus dem Bruttoüberschuss, der einschl. Vortrag 512 796 M. beträgt.

G. Sauerbrey Maschinenfabrik A. G., Stassfurt. Die Generalversammlung setzte die Dividende für die Stammaktien auf 20 % und für die Vorzugsaktien auf 5 % fest. Ueber die Aussichten im neuen Geschäftsjahr glaubt die Verwaltung eine zuversichtliche Aussage nicht machen zu können.

Diskontobank A.-G. (früher Spar- und Vorschussbank) in Halle. Der Aufsichtsrat der vom Verband der Barmer Kreditbank gehörigen Unternehmens beschloss, infolge stark gesteigerten Umsätzen der Generalversammlung eine Kapitalerhöhung um 0,5 auf 10 Mill. Mark vorzuschlagen. Nach den Angaben der Verwaltung hat sich das Geschäft recht gut entwickelt.

Deutsche Verlinsbank, Frankfurt a. M. In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde die Kapitalerhöhung von 60 auf 100 Mill. Mark durchgeführt. Von den neuen Aktien werden 20 Mill. Mark von der Deutschen Bank zu 135 % zu dasselben Bestis übernommen. Die restlichen 20 Mill. Mark übernimmt ein unter Führung der Deutschen Bank stehendes Konsortium zu 130 % mit der Verpflichtung, diese den Aktionären zu 200 % im Verhältnis von 1:10 anzubieten.

Gebr. Schlaeder? A.-G., Düsseldorf. Das Geschäftjahr 1920-21 erbrachte aus einem Bruttogewinn in Höhe von 13 047 063 M. (i. V. 4 616 379 M.) nach Abzug von 6 896 719 M. (3 078 107 M.) Unkosten, 1 067 448 M. (184 321 M.) Ausgaben für Steuern und Versicherungen und 2 591 664 M. (597 560 M.) Abschreibungen einschl. Vortrag einen Ueberschuss von 3 118 201 M. (775 385 M.), aus dem u. a. wie schon mitgeteilt, eine Dividende von 10 % (9 %) verteilt und 156 723 M. (37 152 M.) vorgetragen werden sollen. In der Bilanz finden sich 21 549 962 Mark (5 275 560 M.) Debitoren gegenüber 23 726 928 Mark (40 815 572 M.) Kreditoren. Die Holzbestände sind mit 18 718 258 M. (10 452 766 M.), die Bestände an Fertigwaren mit 46 965 938 M. (26 589 096 M.) angesetzt. Nach dem Rechenschaftsbericht konnten in dem abgelaufenen Geschäftsjahr zum ersten Male alle Werke, welche die Gesellschaft jetzt umfasst, wieder in Betrieb gesetzt werden, und die Verwaltung stellt fest, dass die Gesamtanlage sowohl wie auch die Einrichtungen im einzelnen sich durchaus bewährt haben. In allen Abteilungen konnten die Umsätze beträchtlich vermehrt werden. Im Hinblick auf die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage sieht die Verwaltung von irgendwelchen Voraussagungen für das laufende Geschäftjahr ab.

A. G. für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt. Die Gesellschaft überlässt laut Beschluss der ausserordentlichen Generalversammlung von den im ausgebenden 12,5 Mill. Mark Aktien 10 Mill. Mark der Gesellschaft Vereinigte Welbekim in Bottrop zu 117 %. Die restlichen 2,5 Mill. Mark sollen den Aktionären zu 123 % in Verhältnis von 1:8 angeboten werden.

Motorenfabrik Oberursel A. G. Die Gesellschaft genehmigte ebenfalls die Interessengemeinschaft mit der Gasmotorenfabrik Deutz. Die Dividende für das Geschäftjahr 1920/21 (1 Mai bis 31 Juni) wurde auf 5 % festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, das Aktienkapital um 5,25 Mill. Mark Stammaktien zu erhöhen, wovon eine Aktionärs 4,5 Mill. Mark im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 200 % mit halber Dividende angeboten werden. Ferner begibt die Gesellschaft die Geschäftanteile der Will-Werke G. m. b. H. gegen Zahlung von 2 Mill. Mark an eine neue Aktiengesellschaft.

Neue Aktiengesellschaften. Merkur A. G. für Industrie und Handel, von den Bankhäusern Bass u. Herz und L. u. E. Wertheimber mit 25 Mill. Mark Kapital gegründet. — Oskar Rosner Schuhfabrik A. G. in München mit einem Stammkapital von 8 Mill. Mark unter Mitwirkung der Bayerischen Hypotheken-Wechselbank und des Bankhauses H. Aufhäuser. Die Gesellschaft übernahm die von der Firma Oskar Rosner betriebene Schuhfabrik.

Karl Bödiker u. Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien in Hamburg. Die heutige ausserordentliche Generalversammlung genehmigte den Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 2 auf 16 Mill. Mark. Von den neuen Aktien, die von der Nationalbank für Deutschland übernommen werden, sollen 5 Mill. Mark den Aktionären im Verhältnis von 5:2 zum 150 % zum Bezuge angeboten werden. Die restliche eine Million Mark bleibt zur Verfügung der Verwaltung und dient dem Vernehmen nach zum Erwerb der Aktienmehrheit der Afrikanischen Compagnie.

Kapitalerhöhungen.

Discontobank A. G. in Halle a. S. um 0,5 auf 10 Mill. Mark.

Schramm Lack- und Farbenfabriken in Offenbach um 4,5 Mill. Mark Stamm- und 600 000 M. 6 % Vorzugsaktien.

Textilose Werke und Kunstweberei Clavies A. G. in Adorf um 8,5 Mill. Mark Stammaktien und 500 000 6 prozentige mehrfache Stimmrechtsaktien, beide ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigt, davon 7,5 Mill. Mark den alten Aktionären im Verhältnis 1:1 zu 200 %.

Dividendenvorschläge.

Excelsior-Fahrrad-Werke, Gehr. Conrad u. Pats A.-G. 25 % Dividende (im Vorjahre 20 %).

Berliner Börse vom 7. Dezember.

Der neuerliche Dollarrückgang verursachte die gestrige Zurückhaltung in einer überwiegend matte Stimmung, unter der fast alle Wertpapiergebiete gleichmässig zu leiden hatten. Das Problem dieser Hilfe für Deutschland durch ein Moratorium wird zwar von Börsenkreisen weiter mit grosser Ungeduldigkeit behandelt, doch konnte man beobachten, dass diesen Fragen anlässlich des Devisenrückganges grosse Aufmerksamkeit zugewendet wurde. Zu einer vorsichtigen Haltung am Devisen- wie am Wertpapiermarkt trug ferner der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank bei, wenngleich über die Berliner Platz hiervon nur wenig berührt wird. Die Spekulation versuchte vorschiedentlich, die Kurse, die um 100 % verloren hatten, zu stützen, doch blieb es bei geringen Versuchen.

Von Montanwerten büssten Kattowitzer 150 % ein (1001). Harpener stellten sich nach Abzug von 20 % Dividende auf 1182 und blieben so behauptet. Deutsch-Luxemburg gaben 79 % nach (697), Hohenlohe 80 % (750). Laurahütte 95 % (655), Phönix 125 % (1375), Oberbedarf und Caro gleichfalls matt, letztere 150 % niedriger (700). Phönix büssten 235 % ein (1175), Riebeck Montan 255 % (1130). Kaliwerte waren trotz Durchführung der Fusionsbeschlüsse gleichfalls schwächer. Auch bei chemischen Werten hatten die Kursabschläge ansehnliches Ausmass. Oberschl. Koks verloren 100 % (1360), Rütgerswerke 120 % (880). Elektroaktien waren durchweg matter. Von Maschinenwerten stellen sich Adlerwerke 100 % niedriger (713), später erholt (734). Daimler gaben 62 % nach (585). Fester lagen hier Deutsche Lokomotiven (715 +10). Premnitzer u. Koppel still, aber 90 % niedriger (1350). Metallwerte gaben auch erheblich nach, Lorenz 90 % (650). Für Draht 100 % niedriger. Waggonwerte ermatteten zum Teil erheblich. Linke-Hoffmann um 170 % (1050), Rathgeber um 80 % (1060). Textilwerte büßten durchschnittlich um 100 %. Stettiner Vulkan gaben 110 % nach (1300). Versicherungspapiere gaben ebenfalls 100 % her, so Neu Guinea und Otavi. Deutsche Petroleum verfinsterten um über 200 % (1687). Schiffahrtswerte B. Fr. Reederei gaben den grössten Teil der letztägigen Erhöhungen wieder her. Von Bankaktien stellte sich Deutsche Bank 70 % niedriger auf 515, infolge der Beteiligung an der Pfälzischen Bank. Stark erholten Anleihen weiter, so etwa 30 % ab. Heimische Anleihen befestigten sich zum Teil, so die 3 % Reichsanleihe um 1¼ % (97¼).

Am Einheitsmarkt war die Tendenz lebhaft. Es zeigte sich, dass heute aus den weniger Kapitalkräftigen Kreisen der Publikum kaum in geringem Umfange Material auf den Markt kam. — Dagegen lagen noch zahlreiche hochlimitierte Verkaufsaufträge vor, die heute zum Teil nicht zu verkennen. Dass für einige Spezialwerte auch weiter Kaufneigung bestand. Die Verkehrsaktien waren etwas geringer als am Montag. Erhebliche Verluste hatten zu verzeichnen: Königsberger Lagerhaus, Bergmann Elektricitätswerke, Christoph u. Thomée, Harburger Eisen. Fest lagen dagegen Calmon Asbest, Heyne u. Co., Chillingworth und Oldenbourg. Gut gehalten waren Gebrüder Haroper Walzwerk und Zeitzer Maschinen auf Kapitalerhöhungsgerüchte.

Am Markt der nicht notierten Werte war das Geschäft äusserst ruhig. Das Publikum mit Aufträgen sehr zurückhält. Die Haltung war schwach. Die Verluste bielten sich im Rahmen von durchschnittlich 30 bis 70 %. Grösseres Interesse bestand für Fischer & Rickebusch, die mit 850 bis 865 % bezahlt wurden. Gut gehandelt waren Ver. Chem. Zeitz (exkl. 1700 % Bezugsrecht) 1100 %, ferner Lüdenscheider Walzen 750 G, und ferner sächsische Kalkwerke. Im übrigen sind folgende Kurse zu erwähnen: Deutsch-Französische 1700 bis 1675, Igeo 2200, Naphtha Nobel ca. 3100, Ver. Wolf 850 bis 815, Becker Stahl 720 bis 716, Haibach 550, Berlin-Burger 600 G, Deutsche Steinzeug 1000 G, Berl. Mörtel 680, Stower Auto ca. 490, Grade Auto ca. 400, Grade Motoren 400 bis 400 exkl. 40 % Bezugsrecht, Deutsche Lastauto 880, Elitewerke 610, Christoph u. Unmack 750, Bauer Porzellan 1600, Gummiwerke Tilke 1000 G, Ver. Textil 1000 G, Ostwerke Elektro 790, Teichgräber ca. 560, Julius Sichel 970 B., Herman Meyer ca. 500 G., Wirkhausen 700 B., Oswald Film 495, Ufa 290, Nationalfilm 200, Terra 230, Decla Bioscop 150. — Von Kolonialwerten lagen Roman (530 bis 550) verhältnismässig fest; Südsee Phosphat 1900, Kaoko 250, Diamond Share 500 B., von Kali-Werten waren stillen sich Halle Kali auf 600, Heldburg auf 775, Kraguer-hall auf 625, Bonnenberg auf 700, Adler Kali auf 600.

Die Notiz der Aktien der Pfälzischen Bank wurde heute auf Anordnung des Börsenkommissars geschlossen. Sie sollen erst. am kommenden Freitag notiert werden.

Devisen schwankend, schwach.

Die gestern bereits hervorgetretene Unsicherheit machte sich heute in verstärktem Masse geltend. Der Dollar unterlag heftigen Schwankungen, setzte matt ein, blieb auf die Besserung der Mark in New York, erholte sich dann aber bis auf 213 auf Deckungen; da die Grossbanken aber sämtlich Abgeber von Devisen waren, schwächte sich der Kurs bis 12 Uhr mittags wieder auf 205 ab. Für die Devisen nannte man vorübrrlich nur Briefkurse: Kabel New York 209, London 855, Italien 900, Prag 232½, Amsterdam 7500, Zürich 3900, Stockholm 3600, Kopenhagen 3650, — Polnische Noten 6¾, Kriesnoten 12, österreichische Noten 5,90, rumänische 160.

Das Bezugsrecht Gebhard u. Co. A. G. soll erstmalig am 9. Dezember 1921 gehandelt werden.

Berliner Devisenkurse vom:

	7. 12. Geld	7. 12. Brief	6. 12. Geld	6. 12. Brief
Amsterdam-Rotd.	7492,50	7507,50	8201,75	8218,25
Brüssel-Antw.	1518,45	1521,55	1645,35	1646,65
Buenos Aires . .	68,40	68,60	74,65	74,85
Christiania . . .	3026,05	3033,95	3311,65	3318,35
Kopenhagen . . .	3646,05	3653,95	4300,65	4314,35
Stockholm	3044,95	3055,05	3489,65	3507,05
Helsingfors . . .	387,60	388,40	414,55	415,45
Italien	906,55	908,45	974,00	976,00
London	859,10	860,90	931,55	933,45
New York	209,04	209,47	227,04	227,46
Paris	1,47	1,53	1713,80	1716,70
Schweiz	—	—	4388,10	4396,90
Prag	—	—	3186,80	3193,20
Wien (alte) . . .	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	—	—	—	—
Gest. abgest. . .	6,58	6,62	7,48	7,52
Prag	230,75	231,25	351,70	352,30
Budapest	25,47	25,53	27,47	27,53

Basel, 7. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). Die deutsche Devise notierte heute im freien Verkehr 2,50 G und 2,65 B (am 6. 12.) 2,30 G, 2,35 B.

Prag:	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.
Berlin	39,74	39,74	Wien	1,34	1,34
Marknoten . .	39,74	39,74	Polennot. . .	2,46	2,46
Zürich:	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.
Berlin	2,35	2,40	Mailand . .	22,25	22,15
New York . .	5,12	5,13	Madrid . . .	73,00	73,50
London . . .	21,05	21,14	Wien	0,15	0,15
Paris	38,00	37,85	Budapest . .	0,70	0,70
Brüssel . . .	37,25	36,60	Prag	3,70	3,70
Amsterdam	185,75	186,75	Agram . . .	1,90	1,90
Stockholm	124,25	124,25	Bukarest . .	—	—
Christiania	75,25	75,00	Buen. Aires	167,50	170,00
Kopenhagen	90,00	87,00			
London:	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.
Berlin	855,00	855,50	Amsterd. .	11,55	11,33,55
New York	407,00	406,5	Zürich . .	21,10	21,07¼
Paris	55,94	55,15	Italien . .	94,12	95,25
Brüssel . . .	56,00	57,32¼	Madrid . .	28,74¼	28,88

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 7. Dezember. Amtlich ermittelte Preise je 50 kg

	7. 12.			7. 12.
Weizen, märk.	380—383	kl. Speisearbsen		375—400
Roggen, märk.	294—297	Weinsäulchen .		395—410
Roggen, bayrisch		Roggenkleie .		195
Roggenmehl . .		Futtererbsen .		300—310
Erbsen, Vikt. .	400—435	Peluschken . .		—
Wicken		Ackerbohnen .		310—315
Lupinen, blaue	225—240	Wicken . . .		—
gelbe	270—290	Seradella . .		—
Raps	370—380	Rapskuchen .		270—280
Leinkuchen . .	370	Leinsaat . .		—
Hafer	285—292	Trockenschnitzel		180—185
Mais, mark. . .	290—300	Torf-Melasse .		105—108
Weizenmehl . .	60—70 kg	Mischung . .		—
Roggenmehl . .	60—70 kg	Zuckerschnitzel		—

Berliner Viehmarkt, 7. Dezember. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: 1061 Rinder, darunter 340 Bullen, 1170 Kälber, 561 Kühe und Färsen, 1200 Kälber, 1984 Schafe, 6833 Schweine, 144 Ziegen. 778 Schweine aus dem Mastgebiet, 194 Litauern.

Preise für 1 Ztr. Lebendgewicht:

	von	bis
Ochsen: vollfl. ausgemäst.		
do. im Alter von 4—7 Jahren	700	825
junge fleischige, nicht ausgemästete	520	630
mäss. genährte jüng., gut genährte ältere	450	550
Bullen: vollfleischige, ausgewachsene	800	850
junge fleischige	650	750
mäss. genährte jüng., gut genährte ältere	550	620
Kühe: vollfleischige ausgemästete	500	600
Kühe: vollfleisch. ausgemäst. bis 7 Jahren	800	900
älter ausgemästet	600	700
mässig genährte Kühe, Färsen	500	575
gering genährte Kühe und Färsen	375	450
Kälber: feinste Mastkälber	550	650
Kälber: Doppellender, feinster Mast	650	850
mittlere Mast- und beste Saugkälber	1400	1500
geringere Saugkälber	1000	1375
geringe Saugkälber	650	850
Schafe: Stallmast Lämmer, jüng. Hammel	—	—
mittlere Mastlämmer und -Hammel	650	750
Mässig genährte Hammel und Schafe	450	550
Weidemastschafe Mastlämmer	—	—
Geringere Lämmer und Schafe	—	—
Schweine: fett ub. 3 Zentr. Lebendgewicht	1900	1975
vollfleischige, 240—300 Pfund	1750	1900
do. 200—240 Pfund	1675	1725
do. 160—200	1550	1650
do. unter 160 Pfund	1300	1450
do.	1100	1250
Sauen	1500	1700

Marktverlauf: Bei Rindern und Schafen glatt, bei Kälbern lebhaft, bei Schweinen ruhig. Der Markt am 24. Dezember fällt aus.

Berliner Metallbörse, 7. Dezember.

Preise für 100 kg in Mark:	7. 12.	6. 12.
Elektrolytkupfer (Cathodes)	5400	5100
Raffinadekupfer (99—99,5 %)	5450—555	5950—6050
Reinnickel (98—99 %)	2175—2250	2375—2425
Hüttenaluminium (Syral-Preis)		
do. (im freien Verkehr)	2250—2350	2375—2425
Weichblei, normale Marken	2478	2438
Hüttenzinkblech (Preis)	1800—1900	1900—1950
do. in Platten	2900	3000
do. in Walz- od. Drahtbarren	9600	10000
Hüttenzinn	14500—147	16800—16800
Australzinn	—	—
Reinnickel (99 %)	14100—142	15300—400
Reinkobalt (98—99 %)	19000—125	19000—118
Antimon, Regulus (99 %)	2400—2450	2400—2450
Silber (1 kg 900 fein)	3435—3475	3650—3703

Konkursnachrichten.

Konkurs ist eröffnet beim Amtsgericht Berlin-Mitte über das Vermögen der Landwirtschaftl. Betriebs-Genossenschaft in Berlin, Dorotheenstrasse 77/78.

Im Konkurs des Hohlzählers Karl Riloff in Berlin-Treptow, Alt-Treptow 8 (Verw. Winkler), steht auf Vorschlag des Verwalters zur Wahl, ob dieser bei einer Dividende in Aussicht. Masse zu schaffen bleibt, ob von der Möglichkeit, Anfechtungsprozesse zu führen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 6. Dezember.

Devisen- und Geldmarkt.

	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.
Tägl. G. . .	4½	5½	Brüssel	7,34	7,35
Berlin. . . .			Budapest	30,74	30,75
Schlusse .	0,59½	0,42½	Zürich	19,90	19,93
höchster .	0,66	0,44	Kopen.	4,86	4,33
niedrigster .	0,42	0,40	Madrid .	14,10	14,08
Kabel Tr. .	4,06,50	4,07,12	Silber, aud.	64¾	64¾
Kabel T. .	4,04,75	4,03,37	. inl.	99¼	99¼
Paris . . .	7,67	7,47			

New York, Produktenmarkt, 6. Dezember.

	6. 12.	5. 12.
Kaffee loco .	9,75	9,75
. Dez. . .	8,54	8,55
. März . .	8,45	8,48
. Mai . . .	8,39	8,37
Baumw. lo. .	17,70	17,60
. Jan. . .	17,20	17,26
. Mai . . .	17,93	17,19
Zucker . . .	4,00	4,00
Zufuhr . . .	32 000	15 000
Kupfer, el. .	13	13
Blei	4,75	4,75
Zink	4,90	4,90
Schmalz . .	9,50	9,50
Petrol Ctx. .	18,50	18,50
Talg	8,00	8,00
Stand.wh.	10,00	15,00
Zucker . . .	3,73	3,84,11
Ww. N.-O fl.	10,75	16,75

Chefredakteur: Rudolf Cann. — Berantwortlicher Redakteur: Dr. Paul Schmidt. Stellv. Carl Gerhard. Für Handelsteil Politik: C. G. v. Maltzahn. Für den Anzeigenteil und Geschäftsleitung: Otto Rosch. Sämtlich in Berlin.
Für den Sport: Willy Prokopczuk. Für Börse und Bank: Dr. Paul Wagner. Für den übrigen Teil des Blattes: Dr. Paul Simon. Für den Expriptmatt und Geschäftlichen Mitteilungen: Otto Rosch. Sämtlich in Berlin.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32-36

Kurse der Berliner Börse vom 7. Dezember.

Fortlaufende Notierungen

	Ausschl.	Bank	Verkäufe
Festverzinsliche Werte			
Schutzgebiete	6		
1913	6	90,60	90,60
5% do. 11 III	5	90,50	90,60
4% do. 14	4		
3% do. 14	3	84,37	
4% do. 14 (Anleihe)	4		72,00
3% do. 14 (Anleihe)	3	66,25	66,25
5% Dt. R.-A.	5	77,50	77,50
4½% do.	4½	77,50	77,50
4% do.	4	71,75	72,00
3% do.	3	57,75	57,90
5% Pr. St. Schatz	5		
4% do.	4	69,75	69,75
5% Ges. f. 11/12	5	90,62	90,75
4% do. 12 II	4	69,25	69,25
5% Pr. Kons. A.	5	62,37	62,37
4% do.	4	60,75	60,75
4% Sächs. Rente	4		
4% Sächs. Kr.-Pf.	4	68,75	68,75
4% Ges. A. 1/4	4	69,25	69,25